

Information für Pensionierte September 2023

Sektor 1 und syndicom allgemein.

Lohnforderungen 2024: Voller Teuerungsausgleich anständige Mindestlöhne, Lohngleichheitsanalysen auch bei kleinen Unternehmen und Unterstützungsbeiträge an Krankenkassenprämien – dies die voraussichtliche Stossrichtung von syndicom. Traditionell beginnen die Lohnverhandlungen von syndicom mit vielen ihrer Sozialpartner:innen jedoch erst im vierten Quartal und werden gemeinsam mit den Mitgliedern noch konkretisiert. Zum Thema Lohnforderungen, wie auch zu den wichtigen sozialpolitischen Abstimmungen im Jahr 2024 organisiert der SGB mit seinen Branchengewerkschaften und Partnerverbänden am Samstag, 16. September eine grosse Kaufkraft-Demonstration in Bern.

Neue Adresse für Mitteilungen für den Standpunkt:
stand.sektionbs@bluewin.ch

Sektor 2 ITC

Sektor 3 Medien

Pensionierte

Ich wurde ja beauftragt den Kandidierenden für den National- und Ständerat Fragen zu ihren Meinungen zu stellen. Ich habe 4 bzw. 5 Fragen gestellt. 4 für alle Kandidierenden und eine zusätzliche an Kandidierende für den Ständerat. Die Fragen habe ich natürlich nicht direkt den Kandidierenden zugestellt. Das wäre viel zu aufwendig gewesen, sondern diese via ihr Partei-Sekretariat. Welche Sekretariate meine Fragen weitergeleitet haben weiss ich nicht.

Die FDP-Basel-Stadt hat mir mitgeteilt, dass sie das im Vorstand diskutieren werden. Die Basta habe ich vergessen anzufragen, sie hat sich aber von sich aus bei mir gemeldet.

Total sind nur 15 Antworten eingetroffen. Die meisten von SP, Grüne und BastA welche ja unserem Gedankengut auch am nächsten stehen.

Die erste Antwort ist von Reto Tschudin, SVP-Lausen eingetroffen. Oft waren es auch Personen welche auf sogenannten Unterlisten kandidieren. Z. B. Unterliste Pensionierte.

Wie sind nun die Antworten ausgefallen? Man kann sagen sie entsprachen ziemlich genau den Parteipositionen. Einige Antworten:

1. Was ist ihre Meinung zu Europa bzw. zur Beziehung mit der EU? Wie weit soll oder darf die Schweiz Zugeständnisse betr. Europäischer Gerichtshof und Lohnschutz eingehen?

*Die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union ist für uns unerlässlich.
Unabhängig davon, ob wir Teil der EU werden oder nicht, prägt die Europäische*

Union unser Leben, unsere Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen auf vielfältige Weise. Diese Sichtweise wird von allen Antwortenden so geteilt.

Auch gewerkschafts- und sozialpolitisch ist die EU mittlerweile fortschrittlicher geworden. Die Einführung einer Mindestlohn-Richtlinie ist ein erster Schritt zur Schaffung einer vierten, sozialen Säule. Dazu war viel gewerkschaftliche Lobbyarbeit und grosses Engagement linker Parteien nötig. Die flankierenden Massnahmen zu den bilateralen Verträgen haben die gewerkschaftliche Situation durch erleichterte Allgemeinverbindlichkeitserklärungen deutlich verbessert. Insofern waren die bilateralen Verträge zur Personenfreizügigkeit aus freiheitlicher und sozialer Sicht eine Win-Win-Situation. Franziska Stier BastA

Frieden, Sicherheit und Wohlstand der Schweiz hängen entscheidend von Europa ab. Umso wichtiger ist es, dass auch wir zum guten Gelingen beitragen und unsere ausgezeichneten Beziehungen zur EU rasch erneuern. Nur so können wir das selbstverschuldete Abseitsstehen bei den EU-Forschungs- und Austauschprogrammen überwinden, die für unseren Standort und für unsere Jugend von grösster Bedeutung sind. Mustafa Atici

Für die Schweiz ist eine gute Beziehung zur EU essentiell. Für mich gilt: Lieber in der EU mitbestimmen, statt automatische Rechtsübernahme der EU-Regelungen. Ein EU-Beitritt ist für mich die logische Folge davon. Entscheide des europäischen Gerichtshofs sind auch von der Schweiz zu respektieren. Für faire Löhne (auch für Frauen) muss die Schweiz immer kämpfen, ob in der EU oder nicht. Annemarie Spinnler SP 60+ Gelterkinden.

Die Schweiz muss ihr Verhältnis zu Europa klären, vom nachvollziehenden «Passiv-Mitglied» zum mitgestaltenden Akteur werden. Roland Plattner SP 60+ Reigoldswil

Weshalb sind Ängste da vor dem Europäischen Gerichtshof? Das kann ich gar nicht nachvollziehen. Gerade dieser Gerichtshof fällt immer wieder Urteile, die – auch in der Schweiz zu besseren Lebensbedingungen führen. Als Mitglied der EU könnten auch Schweizer Richterinnen und Richter EuGH-Mitglieder werden. Regula Mieschberger SP 60+ Birsfelden

Der Isolationismus ist für uns keine Option. Die Schweiz braucht stabile Beziehungen zur EU, der politische und volkswirtschaftliche Nutzen ist unermesslich. Die SP will dafür sorgen, dass an diesem Wohlstandsgewinn alle teilhaben können. Samira Marti, SP-Nationalrätin BL

Wir brauchen – gerade im Dreiland Basel – stabile Beziehungen zu unseren Nachbarstaaten aber auch der europäischen Union. Davon profitieren wir alle. Was aber nicht passieren darf, ist Lohndumping. Sarah Wyss, SP-Nationalrätin BS

2. Die Teuerung ist wieder am Zunehmen. Nicht nur, aber vor allem auch für die Pensionierten kann das schnell zum Problem werden, weil in der zweiten Säule kaum jemals die Teuerung ausgeglichen wird. Ist die 13. AHV ein Teil der Lösung oder sehen Sie andere Lösungen? Wenn ja, welche?

Die Vergabe einer 13. AHV Rente erachte ich als zu stark nach dem Giesskannenprinzip und somit zu wenig zielgenau. Sinnvoller erscheint mir der Teuerungsausgleich der AHV Renten im effektiven Masse. Reto Tschudin SVP BL

Eine 13. AHV ist Teil der Lösung. Die finanzielle Lage der AHV soll mittels der Nationalbankgewinne gestärkt werden. Andrea Sulzer, Waldenburg, Grüne

Die Höhe der AHV-Zahlungen reicht heute für viele Menschen nicht mehr aus, um die Lebenskosten zu decken. Deshalb begrüsse ich jeglichen Ausbau der AHV sehr. Für akademische Berufe kann ich mir auch eine Flexibilisierung des AHV-Alters vorstellen. Bei körperlich anspruchsvollen Arbeiten, muss hingegen über eine Senkung des Rentenalters nachgedacht werden. Jo Vergeat, Grüne BS.

Das kann eine kurzfristige Lösung sein. Langfristig braucht es bessere Löhne, damit sich die Menschen selber was auf die Seite legen können. Marco Agostini, Grüne BL

Ja die Auszahlung einer 13. AHV-Rente könnte ein Teil der Lösung sein. Ebenso die Stärkung der AHV durch Nationalbankgewinne. Längerfristig halte ich ein bedingungsloses Grundeinkommen für unumgänglich. Michael Durrer, Präsident Grüne BL

Die 13. AHV ist ein Puzzle-Teil der Lösung. Es braucht noch viel mehr Anstrengungen, z.B. Betreuungsgutscheine für die Pflege von Angehörigen und für die Care-Arbeit grundsätzlich, bessere Absicherung sehr kleiner Einkommen. Regula Mieschberger.

Ja, gegen die Krise der Kaufkraft hilft einerseits die Lebenskosten zu senken (mehr Prämienverbilligungen, tiefere Wohnkosten, bezahlbare KITAS) und andererseits die Löhne und Renten zu erhöhen. Die Renten lassen sich am effizientesten und sozial gerecht mit einer Erhöhung der AHV-Renten erreichen, zum Beispiel mit der Einführung einer 13. AHV-Rente. Samira Marti

Es braucht zwingend nicht nur den vollen Teuerungsausgleich auf der AHV-Rente sondern auch eine substantielle Verbesserung, also die 13. AHV-Rente. Gerade auch weil viele – gerade Frauen – eine schlechte Pensionskasse haben und dort viel zu viel Geld im Verwaltungsapparat versickert. Sarah Wyss

Die Teuerung ist ein massives Problem für einen Grossteil der Gesellschaft. Eine Rente soll zum Leben reichen. Das gilt übrigens auch für die IV und Menschen mit Behinderungen, deren Anliegen mir als Person mit Querschnittlähmung ebenfalls wichtig sind. Wenn die 13. AHV der Weg dazu ist, ist das gut. Grundsätzlich sollte das Problem aber am Kern angepackt werden. Tobias Fankhauser, Grüne BL Unterliste Gesundheit & Soziales

3. Die Bundesverfassung sagt klar, dass die AHV das Grundbedürfnis der Rentner und Rentnerinnen abdecken muss. Von Ergänzungsleistungen ist in der Verfassung nicht die Rede. Wie soll dieses Ziel erreicht werden?

Die AHV muss als 1. Säule die Grundbedürfnisse abdecken. Sie muss deshalb der Teuerung angepasst und entsprechend erhöht werden. Ich erachte Korrekturen auf

Grund der stets steigenden Krankenkassenkosten als angebracht. Jedoch soll die AHV nicht zur «Gesamtrente» verkommen. Unser Rentensystem basiert auf 3. Säulen. Entsprechend muss nicht die AHV-Rente alle Ausgaben decken. Reto Tschudin SVP BL.

Die Grundbedürfnisse sollen mit der AHV abgedeckt werden, dazu ist die 13. AHV Teil der Lösung. Eine Kriegsgewinnsteuer könnte zudem die Teuerung / Energiekosten bei der EL mitfinanzieren. Andrea Sulzer, Waldenburg, Grüne

Ich schliesse mich hier der Forderung der feministischen Streikbewegung an. Als ersten Schritt braucht es die Einführung einer 13. AHV-Rente und perspektivisch einen Umbau des Rentensystems zu einer einzigen, solidarischen Säule, wie es die AHV ist. Hier geht es nicht nur um Teuerungsausgleich, sondern auch um Umverteilung von oben nach unten und die Anerkennung von Erziehungs- und Betreuungsarbeit, die für viele Frauen Teil ihrer Lebensleistung sind. Franziska Stier BastA

Der Ausbau der AHV könnte mit einer Transaktionssteuer auf Aktienhandel finanziert werden. Dies hätte zudem auch zur Folge, dass das High-Speed-Trading eingeschränkt und somit schädliche Börsenspekulationen weniger attraktiv wären. Jo Vergeat. Grüne BS

Ergänzungsleistungen braucht es weil hier die Wirtschaft versagt hat. Hätten alle Menschen anständige Löhne bräuchte es das nicht. Workingpoor ist eine Schande für so ein reiches Land wie die Schweiz. Marco Agostini Grüne BL.

Das Verfassungsziel, dass die AHV-Renten den «Existenzbedarf angemessen» decken soll, wird in der Tat seit langem verfehlt. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn das Gewicht der AHV im Drei-Säulen-System der Altersvorsorge deutlich gestärkt wird. Mustafa Atici.

Im Sinne einer Verteilung der Kosten sollte die Ergänzungsleistung gestärkt werden. Beatrice Isler. Die Mitte.

Leider haben wir die Existenzsicherung durch die AHV zu keinem Zeitpunkt je erreicht. Aus diesem Grund müssen wir uns überlegen, welche Massnahmen es braucht, um dieses Ziel zu erreichen. Die EL sind ein wichtiger Faktor. Eine Verankerung in der Bundesverfassung ist ernsthaft zu überlegen. Regula Mieschberger.

Jemand, der das ganze Leben lang gearbeitet hat, soll von seiner Rente leben können und nicht auf EL angewiesen sein. Dafür braucht es eine Stärkung der solidarischen AHV – solidarisch über Generationen und zwischen hohen und tieferen Einkommen. Alle Ideen von bürgerlicher Seite zielen auf eine Schwächung der AHV. Aber das ist genau der falsche Weg. Denn die AHV ist die sozialste Versicherung, die wir haben. Und es die effizienteste Altersvorsorge. Nirgends sonst bekommt man für einen zusätzlichen Beitragsfranken mehr zusätzliche Rente. Darum müssen wir unsere AHV ausbauen und sicher nicht schwächen, wenn wir das Verfassungsziel endlich erfüllen wollen. Sarah Wyss.

4. Der Krieg in der Ukraine beschäftigt auch die Schweizer Bevölkerung. Ausser der Frage der Neutralität wird vor allem die Frage der Weitergabe-Erlaubnis von Waffen und Munition, welche in der Schweiz gekauft wurden, an andere Länder. Sind Sie strikte gegen eine Weitergabe oder würden Sie einer dazu notwendigen Gesetzesänderung zustimmen?

Russland führt einen brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Dieser Fakt und das Recht der Ukraine sich zu verteidigen, ist gesetzt. Diese Sichtweise wird von allen Antwortenden geteilt

Neutralität bedeutet für mich nicht zuzuschauen, wenn ein souveräner Staat angegriffen wird. Die Schweiz muss immer auf der Seite des Völkerrechtes stehen. Deshalb muss sie in aller Härte die Wirtschaftssanktionen umsetzen, um der Finanzierung des Krieges ein Ende zu setzen. Die Schweiz darf von Rüstungsweitergabe keinen Profit erzielen, es muss alleinig der völkerrechtlichen Verpflichtung und dem Frieden dienen. Sarah Wyss

Frage 5: An Kandidierende für den Ständerat
Welches sind die grössten Probleme für ihren Kanton? Haben Sie ein bestimmtes Thema für das Sie sich speziell einsetzen möchten?

Von den Kandidierenden für den Ständerat sind keine Antworten eingetroffen.

Am 25. September um 15:00 Uhr findet in Bern eine Kundgebung zur 75 Jahr AHV statt. Thema: Die Stunde der Senior:innen. In der Einladung zur Herbstreise wurde bereits ein Infoblatt beigelegt. Mit dem nächsten Monatsversand von der Zentrale werden nochmals alle Pensionierten bzw. der Ü58 auf diese Veranstaltung hingewiesen. Ich werde unseren Mitgliedern im September noch ein Mail versenden mit welchem Zug wir nach Bern fahren werden. Die Billette muss jede Person selber besorgen. Sie werden von der Zentrale vergütet. Leider war eine Anmeldung nur via Mail möglich. Falls Jemand der keine Einladung via Mail erhalten hat, soll diese Person mir das mitteilen. Ich werde dann abklären wie die Vergütung stattfinden kann.

175 Jahre Post: Die Aktiven haben einen Brief von der Post erhalten. Darin lag ein PIN mit dem Logo der Post. Ebenfalls beigelegt war die Einladung an eine Veranstaltung mit Konzert. Die Post finanziert diesen Anlass mit Geld aus dem Budgetposten «Personalanlässe». Zähneknirschend stellt der Vorstand der Pensionierten fest, dass die Konzernleitung der Post leider wieder einmal die Pensionierten vergessen hat.

Die Sektion Freiburg stellte einen Antrag. Zusätzliche 3% Rabatt auf REKA-Checks für Pensionierte. Der Antrag führt zu einer Ungleichbehandlung von syndicom-Mitgliedern. Der ZV lehnt diesen Antrag einstimmig ab. Der Vorstand der Pensionierten wird den Antrag einstimmig ablehnen.

Am 31. Mai fand eine Schulung zum Thema Web bei den Pensionierten mit 10 Teilnehmenden statt. - Nächster Schritt: regionale Teams D und F werden verstärkt.

Am 16. Januar 2024 findet wieder eine Sozialpolitische Tagung statt. Wahrscheinlich wieder in Bern.

Politik allgemein

Die AHV ist das Herzstück der sozialen Schweiz. Sie baut Unterschiede ab – zwischen Arm und Reich, zwischen Frauen und Männer. Sie verkörpert die Solidarität und den Zusammenhalt der Schweiz. Und sie trägt auch dazu bei, unsere Demokratie abzusichern. Denn die Geschichte lehrt uns: Die Stärke der Demokratie hängt davon ab, dass eine sichere und würdige Existenz für alle in jedem Alter garantiert ist.

Aber diese Lehre wird heute leider von den politischen und wirtschaftlichen Eliten immer wieder vergessen. Die Angriffe auf unsere Altersvorsorge mehren sich. AHV 21 war erst der Anfang; schon im nächsten Frühling müssen wir über eine Erhöhung des Rentenalters für alle, und über einen drohenden Rentenabbau bei den Pensionskassen abstimmen.

Dabei braucht es genau das Gegenteil. Wenn die Lebenshaltungskosten steigen, so wie das im Moment der Fall ist, sollen auch die Renten steigen. Das war früher unbestritten. Daran knüpfen wir an mit unserer Initiative für eine 13. AHV-Rente. Sie berücksichtigt die realen Bedürfnisse der Bevölkerung angesichts der starken Inflation und der steigenden Krankenkassenprämien und Mieten. Sie wird auch nächsten Frühling zur Abstimmung kommen. Das heisst: jetzt geht es ums Ganze! Schaffen wir den historischen Schritt zur Stärkung der AHV?

Die Jungfreisinnigen behaupten, ihre Initiative entlaste die Jungen. Dabei funktioniert gerade für die Jungen die AHV: Gäbe es keine AHV, müssten Familien bis zu 400'000 Franken mehr bezahlen, um sich eine gleich hohe Rente privat anzusparen. Die Rechnung ist einfach: Für 92 Prozent der Arbeitnehmenden lohnt sich eine starke AHV, nur die 8 Prozent der Topverdienenden bezahlen mehr als sie erhalten. Im aktuellen Umfeld mit steigenden Preisen, Mieten und Krankenkassenprämien wird ein Ausbau der AHV unvermeidbar. Nur so kann die Kaufkraft der heutigen und der zukünftigen RentnerInnen gehalten werden. Der SGB setzt sich deshalb für die Einführung einer 13. AHV-Rente ein.

Die Teuerung, die steigenden Mieten sowie die höheren Krankenkassenprämien treffen RentnerInnen mit voller Wucht. Wenn die Renten nicht rasch steigen, verlieren sie bis Ende 2024 eine ganze Monatsrente an Kaufkraft. Doch anstatt die immer grösser klaffende Rentenlücke zu schliessen, wollen die Arbeitgeber, die Banken und ihre Lobbyisten im Parlament das Problem sogar noch verschärfen: mit Rentenalter 67 und einer weiteren Senkung der Pensionskassen-Renten! Diese Politik gegen die Bevölkerung muss gestoppt werden. Mit Druck von der Strasse und an der Urne. Die kommenden Monate werden entscheiden: Gelingt uns ein kleiner, aber wichtiger Schritt Richtung sozialere Altersvorsorge mit einer 13. AHV-Rente oder setzen sich die gefährlichen Angriffe auf unsere Renten durch? Die Banken und Arbeitgeber drohen mit Rentenalter 67 und einem weiteren Abbau der Pensionskassen-Renten und werden keinen Aufwand scheuen, dies durchzusetzen. Klar ist bereits: alle drei Vorlagen kommen im März und Juni 2024 zur Abstimmung.

Die Verfassung hält seit über 50 Jahren deutlich fest: nach einem langen Erwerbsleben muss man von der Rente anständig leben können. Doch das Parlament verzichtete diesen Frühling sogar auf einen vollen Teuerungsausgleich bei der AHV. Dabei sind die AHV-Renten jetzt schon zu tief, und verlieren immer mehr an Wert. Gemessen am Durchschnittslohn haben RentnerInnen heute bereits 500 Franken weniger im Portemonnaie als 1975. In den letzten Jahren sind ausserdem auch die Pensionskassenrenten stark gesunken, obwohl wir immer mehr einbezahlen. Im Gegensatz zur privaten Vorsorge ist die AHV solide und verlässlich. Die seit Jahrzehnten prognostizierten Milliardendefizite in der AHV sind bisher nicht eingetroffen. Die AHV schloss letztes Jahr mit einem Umlageergebnis von plus rund 1.6 Milliarden Franken ab. Sie hat heute ein Vermögen von fast 50 Milliarden Franken, und dieses wird in den nächsten 5 Jahren noch zunehmen.

Wer sich in der letzten Zeit in den Geschäften und Shoppingzentren herumschaut, realisiert deutlich, dass für die gleichen Artikel bedeutend höhere Preise bezahlt werden müssen. Dies betrifft vor allem Lebensmittel, Non-Food-Artikel, Haushaltswaren. Aber auch die Miet- und Wohnungskosten sind gestiegen. Massiv gestiegen sind zudem die Krankenkassenprämien, Energiepreise, Reisen und Ausgaben für Kultur und Unterhaltung. Dazu beigetragen haben einerseits die weltweite Corona-Pandemie und nicht zuletzt der über anderthalb Jahre andauernde Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, der sich massiv auf die Erdöl- und Gaspreise und Welthandelspreise ausgewirkt hat. Hinzu kommen die massiven Schwankungen im internationalen Börsenbereich, welche die Währungen schwanken liessen. Inflation ist das Wort des Jahres, aber was bedeutet das und wie wirkt sich das auf die Kaufkraft und die Alltagspreise aus?

Unter Kaufkraft versteht man die Menge an Gütern und Dienstleistungen, die man mit einer Geldeinheit kaufen kann. Sie ist abhängig von den Preisen. Die Kaufkraft nimmt daher zu, wenn die Preise sinken (Deflation); sie nimmt ab, wenn die Preise steigen (Inflation). Durch eine ansteigende Inflation sinkt der Wert des Geldes, es kommt zu einem Kaufkraftverlust. Das bedeutet, dass man sich mit einem bestimmten Geldbetrag weniger leisten kann als zuvor. Vor dieser schwierigen Situation stehen vor allem weniger begüterte Leute und pensionierte Menschen, die mit einem kleineren Einkommen auskommen müssen.

Für Arbeitnehmende mit tiefen und mittleren Einkommen sind die Lebenshaltungskosten dieses Jahr laut TravailSuisse um 3.5 bis 4 Prozent gestiegen. Das hat vor allem damit zu tun, dass diese Arbeitsnehmenden zwischen 70 und 100 Prozent ihres Einkommens für Waren und Dienstleistungen ausgeben mussten. Im Schnitt reichten die angekündigten Lohnerhöhungen nicht, um die Teuerung auszugleichen. Für Frauen/Männer und in fester Beziehung stehende Leute, die ins Pensionsalter eintreten und von ihren Einkünften der AHV/resp. EL und Pensionskassenrenten leben müssen, wirkt sich der Kaufkraftverlust in ganz besonderem Masse aus. Da weder die AHV noch die Pensionskassengelder ansteigen, werden sich ältere Menschen den Gürtel enger schnallen müssen, um nicht in eine Altersarmut zu geraten. Die Initiative für eine 13. AHV-Rente steht daher realistisch im Raum und ein Abbau der zweiten Alterssäule, besonders für Frauen, bei denen deutliche Lücken im Altersguthaben vorliegen, kommt nicht in Frage. Dafür macht sich nun auch eine Initiative der SP und Gewerkschaften stark

Hans Preisig